

Haushaltsrede zur Verabschiedung des Haushaltes 2025

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Robert Wenking,

sehr geehrte Mitarbeiter der Verwaltung sowie Kolleginnen und Kollegen des Rates,

sehr geehrte Damen und Herren,

heute darf ich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen meine erste Haushaltsrede halten. Als arbeitende Mutter mit zwei kleinen Kindern setze ich meine Schwerpunkte im politischen Handeln an manchen Stellen vielleicht etwas anders als der ein oder andere aus der älteren Generation hier. Doch deshalb ist es meines Erachtens auch so wichtig, dass gerade auch hier an diesem Tisch möglichst viele Generationen vertreten sind, da nur so die Vielfalt der Gesellschaft auch abgebildet wird und sich jede Generation mit ihren Themen aktiv einbringen kann. Viele von Ihnen hier haben ihr Mandat schon seit Jahrzehnten und vor so viel dauerhaftem Engagement haben ALLE meinen allergrößten Respekt, denn kommunalpolitisches Engagement ist immer noch ein Ehrenamt! Doch ich wünsche mir auch, dass mehr Frauen und Männer der jüngeren Generation in den Rathäusern sitzen und mitbestimmen. Wenn man sich hier umschaute, so wird auch deutlich, dass die Männer immer noch überproportional vertreten sind. Deshalb möchte ich heute auch die Gelegenheit nutzen, nochmal öffentlich an alle Frauen zu appellieren: Traut euch auch Kommunalpolitik zu, bringt eure Ideen zum Wohle der Stadt aktiv ein, es lohnt sich am Ende für alle!

Nun aber zum Haushalt 2025. Wir danken zunächst einmal unserem Kämmerer, Jochen Lindenbaum, für die Erläuterungen des Haushalts in den Haushaltsplanberatungen in diesem Jahr sowie natürlich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die den Haushaltsplan erstellt haben.

Dass der Haushaltplan auch in diesem Jahr mit einem negativen Ergebnis abschließt, auch wenn nicht mehr in der Höhe wie zunächst dargestellt, haben wir bereits an der ein oder anderen Stelle gehört. Und auch, dass es dafür Gründe gibt, wie die gestiegene allgemeine Kreisumlage oder die Jugendamtsumlage. Das bedeutet in erster Linie ein weiteres Abschmelzen der Ausgleichsrücklage. Das wäre für ein oder zwei Haushaltsjahre ja zu verkraften, würde man nicht die Prognose für die weiteren Jahre kennen, sodass alle hier gewarnt sind wesentlich achtsamer mit dem Geld umzugehen. Doch es geht gerade auch jetzt um wichtige und sinnvolle Zukunftsinvestitionen, die wir nicht länger aufschieben können und dürfen.

Die Investitionen in die Kitas in Horstmar und Leer sowie in die beiden Schulstandorte unterstützen wir ausdrücklich. Bildung ist essentiell für eine erfolgreiche und lebenswerte Gemeinschaft; sie ist nicht nur ein Grundrecht, sondern auch DIE Investition in die Zukunft unserer Kinder und damit auch in die Zukunft unserer Stadt.

Die Sanierung der Sporthalle am Schulstandort Horstmar hat für uns oberste Priorität und ist nun endlich dringend geboten, um sowohl den Schulsport zu erhalten, als auch allen Sportangeboten für jegliches Alter weiterhin die Möglichkeit zu geben, soziale Kontakte und Gesundheit zu fördern.

Ebenso unterstützen wir die Investitionen in das städtische Infrastrukturvermögen, in die Digitalisierung und die Förderung ehrenamtlicher Initiativen, sei es im Bereich Sport, Kultur oder Teilhabe. Ohne Ehrenamt wäre alles nichts und wir danken jeder und jedem, der sich hier vor Ort engagiert für diese wichtige Arbeit!

Gerne hätten wir auch durch die Anhebung des Willkommengeldes für das erste und zweite Neugeborene einen kleinen Beitrag geleistet, um Familien vor Ort zu unterstützen, leider haben sich CDU und SPD dagegen ausgesprochen (Wofür standen nochmal das C und das S im Namen?) Es ist schon erstaunlich, dass ein maximaler Zusatzbeitrag von ca. 970€ im Haushalt, der gute 19 Millionen Euro umfasst, Ihnen solche Bauchschmerzen bereitet.

Wir haben auch festgestellt, dass im Haushalt keine weiteren Gelder für die weitere Umsetzung des Mobilitätskonzeptes eingestellt wurden. Wir würden es sehr begrüßen, wenn auch die Fahrradstraßen bald in die Umsetzung kommen würden, unabhängig vom Ausgang des Bürgerentscheides über die Maßnahmen in der Altstadt.

Ziel muss es doch sein, unsere Stadt für Fußgänger und Radfahrer und auch für Touristen attraktiv zu machen und nicht den Autoverkehr an die erste Stelle zu setzen! Auf der Münsterstraße drücken sich die Fußgänger auf den schmalen Bürgersteigen an den Häuserreihen entlang, eine Mutter mit Kinderwagen und Geschwisterkind und auch ältere Menschen können hier kaum sicheren und barrierefreien Weges in die Stadt gelangen!

Auch in den vergangenen Monaten hat sich kaum jemand getraut als Fußgänger die Straße zu betreten, obwohl das in einem verkehrsberuhigten Bereich genau im Gesetz so vorgesehen ist. Es reicht eben nicht ein paar Schilder aufzustellen! Nur mit echten baulichen Veränderungen werden die Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt im Straßenverkehr.

Das durch den Bürgerentscheid die Minimalveränderungen der vergangenen Monate von der Mehrheit der Menschen, die darüber abgestimmt haben, abgelehnt wurde, bedauern wir sehr.

Aber hier haben es in unseren Augen der Bürgermeister und die Verwaltung versäumt, die Bürgerinnen und Bürger schon bei der Planung besser mitzunehmen: Mit mehr

öffentlichen Bürgerversammlungen und mit mehr Gesprächen an runden Tischen. Reicht es als gelebte Teilhabe wirklich aus, einen Link auf die Homepage der Stadt zu stellen? Ist das bei solchen Veränderungen für so viele Bürgerinnen und Bürger der Weg?

Gerne hätten wir auf einer öffentlichen Veranstaltung auch unsere Idee einer Fußgängerzone diskutiert. Und vielleicht wäre da auch die Erkenntnis gekommen, dass mit Einbahnstraßen die Probleme nicht gelöst werden können. Denn wahrscheinlich haben genau **DIE** dazu geführt, dass eine Mehrheit der Menschen, die gegen die Veränderungen insgesamt abgestimmt haben, eben genau diese ablehnen.

Durch das Ergebnis des Bürgerentscheides sind uns nun erstmal die Hände gebunden und wir sind drei Schritte zurück gegangen statt auch nur einen nach vorne!

Dass CDU und SPD aber nun uns zum Sündenbock für das Scheitern machen, weil sie es nicht geschafft haben mit ihrem Konzept zu überzeugen, ist unerhört und entspricht scheinbar dem neuen Trend: Am Ende sind immer die Grünen schuld. Hauptsache man muss sich nicht selbst eingestehen, dass die eigenen Ideen nicht so gut angenommen wurden, wie erhofft. Ein bisschen mehr Selbstreflexion wäre an der ein oder anderen Stelle vielleicht angebracht!

Aber dem Ganzen setzt die geplante Abschaffung der Anlieger-Frei-Regelung die Krone auf. Denn dadurch holen wir uns noch mehr Autoverkehr in die Stadt. Wo es doch das einhellige Ziel ALLER war, den Durchgangsverkehr zu verringern und die Attraktivität zu steigern. Das man die Aufhebung nun aus wahltaktischen Gründen lieber in die Zukunft verschiebt, macht es nun wirklich nicht besser!

Ich hoffe, dass wir alle **gemeinsam** Lösungen finden, unsere Innenstadt lebenswerter zu machen und auch Fußgängern und Fahrradfahrern mehr Raum zu geben.

Ein weiterer Antrag von uns zu den Haushaltsplanberatungen befasste sich mit der Forderung nach einem Konzept zur Klimafolgenanpassung. Das Klimaanpassungsgesetz NRW sieht in §5 hier eindeutig auch die Kommunen in der Pflicht im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge dafür zu sorgen, sich an klimatische Veränderungen anzupassen und Folgen für die Bürgerinnen und Bürger abzumildern.

Die Erkenntnis, dass Klimaschutz und Klimaanpassung eine Einheit bilden, ist nicht nur international, sondern auch in NRW längst akzeptiert. Es reicht nicht mehr, die Ursachen zu bekämpfen, auch die Symptome müssen behandelt werden. Die Auswirkungen des Klimawandels unterscheiden sich in ihrer Art und Weise und in ihrem Ausmaß von Region zu Region. Anpassungsmaßnahmen müssen deshalb auf lokaler und regionaler Ebene getroffen und handlungsfeldspezifisch abgestimmt werden.

Das Klimaanpassungsgesetz Nordrhein-Westfalen bietet den rechtlichen Rahmen des Klimaanpassungsprozesses in NRW. Mit dem Gesetz schreibt die Landesregierung das

Ziel fest, die negativen Auswirkungen des Klimawandels zu begrenzen, Schäden zu minimieren und die Widerstandsfähigkeit zu steigern. Alle Träger öffentlicher Aufgaben sind fortan dazu verpflichtet, Klimafolgen und -anpassung bei allen Planungen und Entscheidungen zu berücksichtigen.

Ich darf hier nochmal daran erinnern, dass die Stadt Horstmar 2019 einstimmig den Klimanotstand ausgerufen hat. Neben der Entscheidung, zukünftig bei allen Vorhaben die Auswirkungen auf das Klima und die Umwelt zu berücksichtigen, umfasst das sicher auch die Folgen des Klimawandels. Unser Antrag wurde leider (wieder mal) von den anderen Fraktionen abgelehnt! Uns hier zu unterstellen, wir wollten wieder durch die Hintertür einen Klimaschutzmanager installieren, zeigt einmal mehr, dass der Kern der Sache nicht verstanden wurde! Man hätte hier einen Teil der Mittel aus dem EEG gut angelegt, um sich mit Klimafolgenanpassung auseinanderzusetzen und entsprechende Maßnahmen für die Zukunft in die Wege zu leiten. Entschieden lehnen wir es aber ab, ALLE Mittel aus den Zahlungen der Betreiber von Erneuerbaren Energien gemäß §6 EEG in die Wirtschaftswege zu investieren. Zu der schon im Haushalt vorgesehenen nicht unerheblichen Summe kommt so ein Beitrag von nochmals über 100.000€ hinzu. Wir wollen, dass zumindest ein Teil dieses Geldes in mehr Natur- und Artenschutz und die Klimafolgenanpassung investiert wird. Die Klimakrise wartet nicht!

Wir haben als Fraktion in den letzten Jahren immer wieder versucht, gute Dinge zum Wohle der Stadt sowie der Bürgerinnen und Bürger auf den Weg zu bringen. Vor allem natürlich im Bereich Umwelt- und Klimaschutz, da es die DNA unserer Partei darstellt und wir zutiefst davon überzeugt sind, dass wir mehr tun müssen, um unsere Lebensgrundlagen zu erhalten, um die Zukunft unserer Kinder zu sichern, auch hier vor Ort. Aber auch in anderen Bereichen haben wir uns stark gemacht, für Familien, für Soziales, für eine lebenswerte Stadt. Wir erleben aber immer wieder, dass unsere Ideen und Anregungen selten wertgeschätzt werden und mit teils fadenscheinigen Argumenten einfach weg gewischt werden. Wenn Sie es mit der Demokratie wirklich ernst meinen, dann überlegen Sie, wie oft Sie mit Ihren Entscheidungen auch viele Wählerinnen und Wähler übergehen, deren gewählte Vertreter wir sind.

Wir erkennen im Haushaltsplan für 2025 einige positive Investitionen, ich habe sie bereits ausgeführt. Doch wenn Sie meinen Ausführungen aufmerksam gefolgt sind, so stellen Sie sicher fest, dass uns an einigen Stellen wichtige Investitionen fehlen, sodass wir zu dem Schluss gekommen sind, dass wir dem Haushalt in diesem Jahr nicht zustimmen können.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Nina Liebing

für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen Horstmar und Leer